

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend. Vierteljährlicher Abonnementpreis durch die Post bezogen und abholen vom Postamt 0,85 Mk.; bei freier Bestellung durch den Briefträger ins Haus 18 Pfg. mehr. Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände vom Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine (Drittel-Jahres). Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile: Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf., Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis. Redaktion und Expedition: Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 20.

Berlin, Mittwoch, 11. März 1908.

Wierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Ein frischer Zug. — Zum Reichsvereinsgesetz. — Zur Frage der Seimarbeit. — Soll sich die Arbeiterin bei ihrer Verheiratung die Invalidenversicherungsbeiträge zurückhalten lassen? — Allgemeine Rundschau. — Tätigkeitsberichte. — Gewerkeverein-Zell. — Verbands-Zell. — Anzeigen-Zell.

Ein frischer Zug

geht überall durch unsere Bewegung. Sowohl die Zahl der Mitglieder, als auch die der Ortsvereine ist wieder in erfreulichem Steigen begriffen.

Es geht wieder vorwärts!

Diese Tatsache muß uns allen ein Ansporn sein zu unermüdblicher, nicht rastender Agitationsarbeit. Jede Gelegenheit muß benutzt werden, die Zahl der Mitglieder zu vergrößern, neue Mitkämpfer für unsere gute Sache zu gewinnen.

Schmiedet das Eisen, so lange es warm ist!

Niemals ist es leichter, für die Organisation zu agitieren, als wenn man zurzeit des wirtschaftlichen Niederganges die Vorteile, die der organisierte Arbeiter hat, dem Indifferenten vor Augen führt.

Werbt neue Mitglieder!

Sorgt aber auch dafür, daß die Neuaufgenommenen zu Gewerkevereinen erzogen, über unsere Bestrebungen und Ideale belehrt werden! Aber auch unter den Anhängern muß noch viel Aufklärungsarbeit geleistet werden. Das beste Mittel dazu ist

die Verbreitung der Gewerkevereinspresse.

Darum auf, ihr Verbandsgenossen und Genossinnen überall im Reiche, die ihr von der Bedeutung der Presse für unsere Bewegung überzeugt seid!

Werbt Abonnenten für den „Gewerkeverein“!

Nutzt die Zeit bis zum Beginn des neuen Quartals, laßt keine Gelegenheit, kein Fest, keine Konferenz vorübergehen, ohne Propaganda für das Verbandsorgan zu machen.

Der beste Agitator

ist derjenige, der die meisten Abonnenten gewinnt. 88 Pfg. für das ganze Vierteljahr einschließlich Bestellgeld bei freier Lieferung ins Haus, 65 Pfg. für denjenigen, der das Blatt selbst von der Post abholt, kostet der „Gewerkeverein“. Da kann jeder Einzelne Leser werden.

Darum auf zur Tat!

Zum Reichsvereinsgesetz.

Die Gestaltung des noch der Kommissionsberatung unterliegenden Reichsvereinsgesetzes muß naturgemäß das Interesse der organisierten Arbeiterchaft wachhalten. Am Mittwoch soll die zweite Lesung in der Kommission beginnen. Schon aber werden Stimmen in der Presse laut, die da verkünden, daß die weiteren Beratungen noch für kurze Zeit hinaufgeschoben werden müssen, da viele Kommissionsmitglieder zur Erledigung ihrer wichtigsten persönlichen Angelegenheiten verreiselt seien. Andererseits wird behauptet, daß eine Verzögerung der Kommissionsberatungen darauf zurückzuführen sei, daß die zwischen den einzelnen Parteien und der Regierung gepflogenen Verhandlungen noch nicht zum Abschluß gelangt sind. Nichts wäre allerdings verfehrter als zu

glauben, daß die Pause zwischen den beiden Kommissionslesungen unbenutzt geblieben wäre. Die seltsamsten Nachrichten sind vielmehr ausgetaucht, und selbst wenn dieselben nicht immer auf Tatsachen beruhen, ist es zweckmäßig, sie nicht unbeachtet zu lassen, um nachher nicht allzu großen Enttäuschungen ausgesetzt zu sein. Verschiedene Anträge der Parteien liegen bereits für die zweite Lesung vor. Bemerkenswert sind vor allen Dingen auch folgende von sämtlichen freisinnigen Kommissionsmitgliedern eingebrachten Resolutionen:

1. Der Reichstag wolle beschließen: die verhandelteten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher die dem Koalitionsrecht noch entgegenstehenden Beschränkungen beseitigt und insbesondere den § 152 der Gewerbeordnung dahin ändert,

a) daß derselbe nicht nur auf Erlangung besserer, sondern auf Erhaltung bestehender Arbeits- und Lohnverhältnisse Anwendung findet;

b) daß sich die entsprechenden Verabredungen und Vereinigungen nicht nur auf die individuellen Interessen der sich Verabredenden oder Vereinigenden, sondern auch auf die Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen im allgemeinen, sowie auf Veränderungen der Gesetzgebung richten dürfen.

2. Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage baldmöglichst einen Gesetzentwurf in Vorlage zu bringen, welcher den ländlichen Arbeitern und Diensthöten die Koalitionsfreiheit in gleicher Weise wie den gewerblichen Arbeitern gewährleistet.

3. Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß den Beamten, Unterbeamten und allen in den Reichs-Betrieben beschäftigten Handwerkern und Arbeitern das Recht, Vereine zu bilden, nicht beschränkt werde.

Wenn wir uns auch nicht der Hoffnung hingeben, daß damit die in den Resolutionen aufgestellten Forderungen über Nacht erfüllt werden, so kann es doch nichts schaden, wenn man der Regierung den festen Willen zu erkennen gibt, was man will, und die Parteien zwingt, zu diesen Fragen Stellung zu nehmen.

Natürlich darf die Annahme dieser Resolutionen nicht erkaufte werden mit irgend einem schwächlichen Kompromiß in der Sprachenfrage. Wir erwarten bestimmt, daß sämtliche liberale Abgeordnete auf dem durch den Abgeordneten Träger deutlich gekennzeichneten Standpunkt zu dem § 7 des Reichsvereinsgesetzes verharren werden. Wir können es uns nicht denken, daß die Nachrichten von weitergehenden Kompromissen auf Wahrheit beruhen. Darin bestärken uns auch verschiedene Mitteilungen in der Presse. Der Abgeordnete v. Bayer von der Süddeutschen Volkspartei hat ausdrücklich erklärt, daß die mit seinem Namen in Verbindung gebrachten Nachrichten über ein angeblich zustande gekommenes Kompromiß den Tatsachen nicht entsprechen. Ihm sei davon nicht das mindeste bekannt.

Dann konnte man hier und da lesen, daß man über die Schwierigkeiten des § 7 dadurch hinwegzukommen versuchen wollte, daß man die Regelung der Sprachenfrage der Gesetzgebung der einzelnen Bundesstaaten nach wie vor überlassen wollte. Damit wäre natürlich die Einheitlichkeit des Reichsvereinsgesetzes zusammen und der Wert desselben ganz wesentlich beeinträchtigt worden. Außerdem könnte darin eine wirkliche Beseitigung

der Schwierigkeiten nicht erblickt werden. Demgegenüber erklärt die liberale Korrespondenz, daß auch von einem nach dieser Richtung gehenden Kompromiß gar keine Rede sein könne.

Wir wollten nicht unterlassen, alle diese Dinge noch einmal einer kurzen Besprechung zu unterziehen und die Gelegenheit gleichzeitig zu benutzen, den Standpunkt der auf nationalem Boden stehenden Arbeiter klipp und klar zu kennzeichnen. Eine weitere Nachgiebigkeit seitens der liberalen Parteien würde bei uns nicht verstanden werden. Die schon mehrfach besprochenen Anträge des Abgeordneten Müller-Meinungen sind das Äußerste, was die Liberalen im Interesse des Zustandekommens des Reichsvereinsgesetzes tun konnten. Bis hierher und nicht weiter! so müssen wir den Liberalen zurufen. Hoffen wir, daß der Ruf nicht ungehört verhallt!

Zur Frage der Seimarbeit

hielt gelegentlich der ersten Beratung der Gewerbeordnungs-Novelle der freisinnige Abg. Enderß eine Rede, die schon deswegen größere Beachtung verdient, weil Enderß als Schulmann in der Beurteilung der Seimarbeit als Sachverständiger gelten kann, andererseits aber als Vertreter des Wahlkreises Sonneberg die dort weit verbreitete Feinindustrie aus eigener Anschauung genau kennt. Redner erblickt in der Regierungsvorlage nur den ersten schicklichen Versuch zur geistlichen Regelung der Verhältnisse im Feingewerbe. Da es sich dabei um den ersten Schritt in ein dunkles Land handle, sei die Unsicherheit in der Fassung einzelner Bestimmungen zu verstehen, müsse aber beseitigt werden.

Was die öfter zitierte Seimarbeit-Ausstellung in Berlin anbelangt, so verkante Redner die Verdienste derer, die die Ausstellung veranstaltet haben, keineswegs.

Es war eine Tat, welche die Augen aller fühlenden und denkenden Menschen auf ein Gebiet gelenkt hat, das dunkle Schatten zeigt und von viel Not und Elend zu reden weh. Ich begreife auch die tiefgehende Erregung, welche die Ausstellung allenthalben herporgerufen hat, und ich freue mich, daß sich endlich die Erkenntnis Bahn gebrochen hat, daß die Selbsthilfe hier nicht mehr ausreicht, sondern daß die Gesetzgebung in Reich und Staat, vor allen Dingen aber die soziale Hilfe von Staat und Gemeinden einsehen muß, um das Gemeinwohl vor schweren Schäden zu bewahren. Aber es ist notwendig, auch hier nächste Kritik zu üben und den Wert der Ausstellung auf das richtige Maß zurückzuführen, damit wir nicht unter dem Eindruck einer augenblicklichen Erregung das richtige Augenmaß verlieren und Forderungen aufstellen, wie sie in dem bekannten Antrag Albrecht und Genossen auf Nr. 125 der Drucksachen erhoben werden, die schließlich darauf hinausgehen, die ganze Seimarbeit zu vernichten, das heißt nicht Elend zu beseitigen, sondern Elend zu schaffen, und weite, wichtige, notwendige und berechtigte wirtschaftliche Interessen aufs allerschwerste schädigen.

Redner suchte dann den Nachweis zu erbringen, daß die Ausstellung einseitig, tendenziös war, was er damit zu beweisen versuchte, daß kaum 5 pCt. der hausindustriellen Erzeugnisse seines Wahlkreises und außerdem nur die ordinärsten und am schlechtesten bezahlten Artikel, die gewöhnlich nur in der geschäftlichen Zeit hergestellt werden, auf der Ausstellung vertreten gewesen seien. Unseren Standpunkt zu diesen Ausführungen haben wir bereits im Leitartikel der vorigen Nummer dargelegt, so daß wir heute auf ein näheres Eingehen verzichten dürfen. Ferner bemängelte Redner die weitgehenden Vollmachten, die dem Bundesrate durch die Regierungsvorlage übertragen werden und von denen er befürchtet, daß sie wieder auf dem Papier stecken bleiben. Nachdem er sodann einer gesunden Nationalpolitischen Wohnungspolitik von Staat und Gemeinden das Wort geredet hatte, fuhr er fort:

Aber eines muß vor allen Dingen gefordert werden: eine reichsgeflechte Bestimmung, welche fordert, daß in allen Zweigen der Hausindustrie eine eingehende Untersuchung stattfinden muß, um Klarheit darüber zu schaffen, in welchen Betrieben und in welchen Zweigen der Hausindustrie die Arbeiter in der Regel im Sinne der Gewerbeverordnungen notwendig machen, und welche positiven Mittel der sozialen Hilfe notwendig sind, um die Durchführung dieser Bestimmungen und Verbote auch wirklich zu erreichen. Meine Herren, diese Untersuchung kann nach der ganzen Natur dieser außerordentlich schwierigen und komplizierten Verhältnisse nicht eine einmalige, nicht eine vorübergehende, sie muß eine dauernde sein; sie erfordert eine dauernde Beobachtung und ein gründliches Studium aller wirtschaftlichen Verhältnisse. Diese Untersuchung kann nur unparteiischen, sachkundigen Männern anvertraut werden, die eine volkswirtschaftliche Bildung und praktische Erfahrung haben. Darum verlangen wir als erstes vor allem eine allgemeine Registrierpflicht und die Ausdehnung der Gewerbeaufsicht auf das ganze Hausgewerbe, ausgeführt durch besondere männliche und ganz selbstverständlicher Weise auch durch weibliche Beamte. Meine Herren, erst müssen doch die einzelnen gleichartigen Arbeitergruppen erfasst werden, ehe man ihnen mit sozialer Hilfe nabetreten kann.

Die Registrierpflicht ist die erste Voraussetzung für eine gesunde und großzügige Heimarbeitergesetzgebung, und sie muß auf das ganze Gewerbe ausgedehnt werden. Aber ebenso wichtig und notwendig ist die Aufsicht durch besondere Beamte.

Der wunde Punkt der ganzen Gewerbeverordnungen ist nach meiner Ansicht die weitgehende Vollmacht der Polizeibehörde.

(Sehr richtig! links.)

Ich erkenne allerdings die Gründe, die bestimmend gewesen sind, vollkommen an, und ich sehe wohl ein, daß, wenn wir vorwärts kommen wollen, die Landes- und Polizeibehörden mit gewissen Befugnissen betraut werden müssen. Aber es scheint doch im höchsten Maße bedenklich, den Polizeibehörden Befugnisse einzuräumen, wie sie in § 190 q und r und vor allen Dingen in § 139 t gegeben werden. Danach kann die Polizeibehörde nicht nur für einzelne Werkstätten, die nach ihrer Ansicht mit Gefahren für Leben und Gesundheit verbunden sind, Veränderungen zum Schutze gegen solche Gefahren treffen und bestimmen, daß die Arbeiter nur zur Arbeit benutzt werden dürfen, sondern auch für ganze Industriezweige ihres Zuständigkeitsbereiches solche Bestimmungen und Verbote erlassen; ja, sie kann den Gewerbetreibenden überhaupt die Hausarbeit verbieten, wenn damit erhebliche hygienische Gefahren verbunden sind, und das alles steht der Polizeibehörde zu, ohne die Beteiligten zu fragen und ohne im geringsten an das Urteil eines Sachverständigen gebunden zu sein. Meine Herren, das halte ich für ganz ausgeschlossen. Gewerbe aus diesem Grunde müssen wir die Beschäftigung durch besondere Beamte fordern. Diese sollen ja eben erst Klarheit in die Verhältnisse hineinbringen, sie sollen die Vorarbeiten machen, die Erhebungen anstellen, und nach diesen Erhebungen und nach ihren Erfahrungen, nachdem auch die beruflichen Vertretungen von Handel und Gewerbe und vor allen Dingen auch Arbeiterausschüsse gehört worden sind, sollen sie die Anträge stellen für das gesetzliche Eingreifen der Polizeibehörden. In erster Linie aber sollen sie beraten sein, auch die Vorschläge zu machen, durch welche Mittel positiver Hilfe die Durchführung der Bestimmungen und Verbote erreicht werden kann.

(Sehr richtig! links.)

Dem, meine Herren, das eine müssen wir uns immer wieder vergegenwärtigen, daß die Sozialpolitik im Heimgewerbe einen ganz anderen, einen viel positiveren Charakter tragen muß als die Sozialpolitik für die Fabrik. Alle die Arbeitergeschützbestimmungen, die für den Fabrikarbeiter einen wirklichen Schutz und eine Wohltat bedeuten, weil die Last, die damit verbunden ist, nicht von ihm getragen wird, sondern von dem Arbeitgeber, bedeuten für den Heimarbeiter eine Last und eine Erschwerung seines Gewerbebetriebes, weil die Last auf ihn allein fällt, ohne daß er in seiner Individualität und wirtschaftlichen Schwäche in der Lage ist, diese Last auf anderen Schultern abzuwälzen.

Darum muß immer betont werden, daß wir den Heimarbeitern wenigstens diejenige Wohltat des Arbeiterschutzes nicht vorenthalten sollen, welche auch für sie eine wirkliche Wohltat und eine größere Sicherheit ihrer Existenz bedeutet, nämlich die staatliche Versicherung u. a. m. Alle Zweige der staatlichen Versicherung müssen auf die Hausarbeiter ausgedehnt werden. Dabei halte ich es durchaus für notwendig, daß sich die Krankenversicherungsanstalt auf die ganze Familie des Hausarbeiters erstreckt. Es ist vielleicht die wunde Stelle im ganzen Hausgewerbe, daß die Frau des Hausarbeiters, die arbeitende, die vielgeplagte, in den schweren Zeiten ihrer Einbindung und Schwangerschaft ohne gesetzlichen Schutz und in Zeiten der Krankheit meist ohne ärztliche Hilfe und Versorgung ist.

(Sehr richtig! links.)

Die ärztliche Versorgung der Heimarbeiterfamilie ist eine der wichtigsten Aufgaben für die soziale Fürsorge des Staats.

Zum Schluß freiste Abgeordneter Enders dann noch die Frage der Erwerbstätigkeit der Kinder und verlangte, daß ebenso wie in dem Gesetz über die Zigarrenhausarbeit in der Gewerbeverordnungs-Novelle für alle Industriezweige die Bestimmung enthalten sein müsse, daß eigene Kinder nicht vor dem vollendeten 12. Lebensjahre und fremde Kinder überhaupt nicht beschäftigt werden dürfen. Die Einwände betr. die Schwierigkeit der Kontrolle seien nicht stichhaltig. Und im einzelnen führte er aus:

Ich weiß sehr wohl aus eigener Erfahrung, daß eine wirksame Kontrolle der Durchführung des Rinderschutzgesetzes nirgends stattfindet, wenn sich nicht die Schule mit Ernst und Eifer und Nachdruck der guten Sache annimmt.

(Sehr richtig! links.)

Alle anderen Mittel, eine wirksame Kontrolle durchzuführen, sind bisher fehlerhaft. Meines Erachtens wird auch gar nichts anderes übrig bleiben, als durch die Schule diese Aufgabe erfüllen zu lassen, soweit Bedenken auch dagegen sprechen, und ich weiß aus eigener Erfahrung, daß die Schule, wenn sie mit Eifer und der nötigen Vorsicht und Besonnenheit handelt, wenn sie nicht als Polizeiveranstaltung tritt, sondern als Berater des Hauses und der Familie, sehr wohl imstande ist, diese Aufgabe zu erfüllen, ohne die Schule zu schädigen und ohne die Beziehungen zum Hause in erheblicher Weise zu stören. Meine Herren, aber selbst wenn keine Kontrolle vorhanden ist, so kann doch gesagt werden, daß schon das Bestehen des Gesetzes und das öftere Bekanntwerden seiner Bestimmungen eine heilsame Wirkung ausübt. Denn wir wollen doch nicht vergessen, daß die übermäßige Kinderarbeit nicht, wie der Kollege Geyer ausgeführt hat, immer oder zumeist in der Not der üblen alten Gewohnheit und in einem Mangel an Einsicht. Das Gesetz hat das Bewußtsein der Eltern geschärft und das Gefühl der Verantwortlichkeit ihren Kindern gegenüber geweckt und ihnen einen Maßstab gegeben, an dem sie messen können, was sie ihren Kindern zumuten dürfen, ohne das geistige und leibliche Wohl derselben zu gefährden. Auch ohne Kontrolle bedeutet das Rinderschutzgesetz einen Fortschritt in der Besserung der hauswirtschaftlichen Verhältnisse, und ich glaube, daß die Beschränkung, die in dem Gesetzentwurf über die Zigarrenhausindustrie ausgesprochen worden ist, ebenfalls in die Gewerbeverordnungs-Novelle eingeführt werden muß, ja, daß die Arbeit der Kinder in gesundheits-schädlichen Betrieben überhaupt am besten ganz zu verbieten ist.

Ich wiederhole, wir stehen den Gesetzesvorlagen mit großer Sympathie gegenüber. Sie bedeuten den ersten wichtigen Schritt zur Regelung der Heimarbeiterverhältnisse. Diesen Schritten werden und müssen weitere folgen. Hoffentlich wird die Vorlage so gestaltet aus der Kommission herauskommen, daß sie in der Tat einen Markstein bilden wird auf dem Wege zur Befundung des deutschen Hausgewerbes.

Soll sich die Arbeiterin bei ihrer Verheiratung die Invalidenversicherungsbeiträge zurückerstatten lassen?

Nach § 42 des Invalidenversicherungsgesetzes haben weibliche Personen, welche eine Ehe eingehen, das Recht, sich die Hälfte der für sie geleisteten Beiträge zurückerstatten zu lassen, wenn vor Eingehung der Ehe für mindestens 200 Wochen Beiträge entrichtet worden sind. Von diesem Rechte wird in recht großem Umfange Gebrauch gemacht, da bei der Verheiratung so manches Stück für die Wirtschaft angeschafft werden muß und ein Betrag von 40—50 Mk. dabei recht zustatten kommt. Es wird dabei aber übersehen, daß die Rückerstattung von Beiträgen oft auch recht schwere Nachteile zur Folge haben kann. Die kleine Stizze „Um 1.40 Mk.“ in unserer Nummer 16 schildert dies in recht drastischer Weise. Auch die Landesversicherungsanstalt der Hansestädte hat ein darauf begütigliches Belegungsblatt herausgegeben, dessen Hauptinhalt wir in Anbetracht der Wichtigkeit dieser Frage in folgendem wiedergeben:

Die 1876 geborene Ehefrau Anna St. aus Hamburg heiratete 1903 und ließ sich aus diesem Anlaß 40 Mk. Invalidenbeiträge erstatten. 1907 erkrankte sie an einem schweren Lungenleiden und beantragte bei der Landes-Versicherungsanstalt der Hansestädte Aufnahme in eine Lungenheilstätte. Ihr Antrag wurde abgewiesen, weil seit 1903 noch nicht genug Beiträge zur Invalidenversicherung entrichtet waren, die erstatteten Beiträge aber nicht mehr zählten.

Frau Minna Th. aus Lübeck, geboren 1884, heiratete 1906 und ließ sich ihre Invalidenbeiträge in Höhe von 28 Mk. erstatten; 1907 erkrankte sie an den Folgen der Schwangerschaft und bat die Landes-Versicherungsanstalt der Hansestädte um Uebernahme der Heilbehandlungskosten. Ihre Bitte mußte in Ermangelung von Beiträgen zur Invalidenversicherung — die erstatteten Beiträge zählten nicht — unberücksichtigt bleiben.

Frau Marie Br. aus Bremen, geboren 1855, heiratete 1900 und ließ sich ihre bis dahin geleisteten Beiträge mit 47 Mk. erstatten. Nach der Verheiratung arbeitete sie weiter und wurde 1906 invalide. Ihr Antrag auf Invalidenrente mußte abgelehnt werden, weil nach der Erstattung erst wieder 134 Beitragsmarken in ihren Quittungskarten verwendet waren. Hätte sie sich die Beiträge 1900 nicht erstatten lassen, so wäre ihr eine Invalidenrente von jährlich etwa 120 Mk. sicher gewesen.

Was lehren diese und täglich wiederkehrende ähnliche Fälle?

Ihr Frauen, die Ihr heiratet, laßt Euch nicht durch den kleinen Betrag der Beitrags-erstattung verleiten, die großen Vorteile der bisherigen Versicherung — kostenlose Heilung bei Krankheiten aller Art, Invalidenrente bei Invalidität, Altersrente bei hohem Alter — preiszugeben. Auch wenn Ihr nach der Verheiratung nicht mehr Lohnarbeiten verrichtet, so stellt keinen Antrag auf Rückerstattung der bis dahin entrichteten Beiträge, sondern versichert Euch frei-

willig weiter, d. h. verwendet ausschließlich je eine oder alljährlich für mindestens 10 Wochen je eine, wenn auch nur die niedrigste, Beitragsmarke in Eurer Quittungskarte.

Nur so erhaltet Ihr Euch alle wertvollen Rechte aus der Invalidenversicherung.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, 10. März 1908.

Die volkswirtschaftlichen Abende, die vor zwei Jahren vom Zentralrat im Berliner Verbandshaus veranstaltet wurden und sich großer Beliebtheit erfreuten, sollen wieder aufgenommen werden. Den ersten Vortrag über: „Die Strafrechtsreform“ hat Herr Amtsgerichtsrat Dr. A. Hartmann freundlich übernommen. Viele für die Arbeiterchaft wichtige Fragen kommen dabei zur Sprache. Es darf daher wohl erwartet werden, daß die Verbandsgenossen und -Genossinnen in Berlin und Umgebung sich recht zahlreich zu dieser am Mittwoch, 18. März, abends 8 1/2 Uhr, im Verbandshaus, Greifswalderstraße 221/223, stattfindenden Versammlung einfinden.

Die Veröffentlichung der Tätigkeitsberichte der Ortsverbände für das Jahr 1907 findet mit dieser Nummer ihren Abschluß. Sämtliche bisher dem Bureau bezug. der Redaktion zugesandten Berichte sind veröffentlicht worden. Später noch eingehende Berichte können nun nicht mehr berücksichtigt werden. Die Schriftführer der Ortsverbände wollen von dieser Mitteilung Kenntnis nehmen.

Seien die Arbeitskammern hat sich vergangene Woche der Ansicht des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände ausgesprochen. Es wurde eine Resolution angenommen, in der es für ausgeschlossen erklärt wird, daß die im Entwurf des Gesetzes betreffend Arbeitskammern zum Ausdruck gebrachten Aufgaben bewirkt werden könnten. Man erblickte vielmehr in den Arbeitskammern auf paritätischer Grundlage eine schwere Gefahr für die gesamte deutsche Industrie, weil sie zur Verschärfung der Gegenläufe führten. Der Verein spreche sich aber hierdurch keineswegs gegen eine gesetzliche berufliche Interessensvertretung der Arbeitnehmer im Sinne der Kaiserlichen Botenschaft vom 4. Februar 1890 aus.

Was will der Verein deutscher Arbeitgeberverbände nun eigentlich? Wünscht er die Einführung reiner Arbeiterkammern? Wenn er in den paritätischen Arbeitskammern eine schwere Gefahr erblickt und deshalb gegen sie Stellung nimmt, so scheint uns dies ein Beweis dafür zu sein, daß er sich von ihrer Wirksamkeit mehr verspricht als von der Tätigkeit der Arbeiterkammern. Diese Stellung einer oft von recht schürfenmarchischen Anschauungen beherrschten Unternehmerorganisation sollte den Gegnern der Arbeitskammern auch unter den Arbeitern zu denken geben.

Zur Lage im Baugewerbe. Eine außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten hat am Montagabend beschlossen, vom 1. April an den Stundenlohn für Maurer und Zimmerer von 75 bzw. 70 Pfg. auf 65 Pfg., den der Bauhilfsarbeiter von 50 bzw. 45 Pfg. auf 45 Pfg. festzusetzen. Begründet wurde dies die diesbezüglichen Anträge damit, daß angesichts der ungünstigen Lage des Baugewerbes zahlreiche billige Arbeitskräfte sich anböten. Außerdem wurde ein Antrag angenommen, daß alle Arbeiter, die am 18. März anlässlich der geplanten Wahlrechtsdemonstrationen völlig oder teilweise die Arbeit ruhen lassen, bis auf weiteres entlassen werden sollen. Ueber die Wieder-einstellung soll der Beschluß einer neuen Generalversammlung entscheiden.

Arbeiterbewegung. Auf den Ackerdampfern in Hamburg sind die Kapitane, Steuerleute und Maschinisten in eine Tarifbewegung eingetreten. Als die Unternehmer anstatt Verbesserungen Verschlechterungen in dem Tarif einführen, weigerten sich die Mannschaften, weiter zu fahren. Darauf wurden am Sonnabend nachmittags die dem Hafnarbeiterverbände angehörenden Mitglieder entlassen. — In den Steinbrüchen des Fichtelgebirges ist der schon lange drohende Streik der Steinarbeiter zur Tatsache geworden. Ursache der Differenzen sind geringe Lohnforderungen, über die in Verhandlungen einzutreten die Unternehmer sich jedoch weigerten.

In einer Lohnbewegung befinden sich die Kohlengräber auf den an der schlesisch-mährischen Grenze gelegenen Gruben. Dieselben sind der Meinung, daß seitens der Unternehmer die getroffenen Vereinbarungen nicht eingehalten werden und verlangen dringend eine ordnungsgemäße Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. — Etwa 1000 Schutzarbeiter und -Arbeiterinnen sind in Cerebro in Schweden in den Streik getreten, nachdem die Verhandlungen mit den Fabrikanten über besserer Arbeitsverhältnisse ergebnislos verlaufen waren.

Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage wird von dem früheren sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Calwer in den „Sozialistischen Monatsheften“ in einer Weise beurteilt, die jedenfalls in weiten Kreisen der Arbeiterschaft Befremden hervorgerufen wird. Im Gegensatz zu den Organen, die in ständiger Fühlung mit der Arbeiterschaft stehen, vertritt nämlich Calwer den Standpunkt, daß es gegenwärtig mit der ungünstigen Geschäftslage gar nicht so schlimm sei, und er kommt zu dem Ergebnis:

„Wenn so alles in allem die diesjährige Frühjahrsbelebung hinter der des Jahres 1907 zurückbleiben wird, so rechtfertigt dieser Unterschied doch noch lange nicht die äberrückbleiben Klagen, nach denen jeder Rückgang der Konjunktur als eine Krise aufzufassen wäre. Solange der Rückgang sich noch so langsam und allmählich vollzieht wie bisher, solange die Beschäftigung noch besser ist als in der ersten Zeit des letzten Aufschwungs, solange möchten wir den Ausdruck gewerbliche Krise zur Bezeichnung der jetzigen Espaltung der wirtschaftlichen Lage vermeiden. Wird doch neben dem Wort Krise in der wirtschaftlichen Terminologie eine Bedeutung beilegt, die mit dem eigentlichen Sinne des Wortes nichts zu tun hat.“

Also einen Rückgang kann auch Herr Calwer nicht leugnen. Ihm kommt es hauptsächlich auf den Ausdruck „Krise“ an. Nun, wir sind der Meinung, daß der Name gar nichts zur Sache tut. Nach allen uns zugehenden Nachrichten liegen die wirtschaftlichen Verhältnisse überaus ungünstig, und seit vielen Jahren war die Arbeitslosigkeit nicht so schlecht wie gerade jetzt. Ist es etwa ein Zufall, daß überall Arbeitszeitverkürzungen und Arbeiterentlassungen stattfinden und Feiertagen eingelegt werden? Man halte nur einmal Umschau in der Berliner Holzindustrie! Tausende von Arbeitern liegen auf der Straße. Reduktionen der Allordlöhne stehen überall auf der Tagesordnung. Erst in diesen Tagen hat die Maschinenfabrik Gharhart & Schmer in Saarbrücken die Allordlöhne um 10 Prozent herabgesetzt. Die Silberwarenfabrik Bruckmann & Söhne in Heilbronn, die etwa 800 Arbeiter beschäftigt, kann mangels ausreichender Aufträge nicht mehr den vollen Betrieb aufrecht erhalten. Um Arbeiterentlassungen zu vermeiden, wird die Arbeitszeit der Woche eingeschränkt, daß an 2 Nachmittagen der Woche nicht gearbeitet wird. Das sind so einige Beispiele, die uns an einer Lage bei ständiger Durchsicht einiger Tagesblätter begegnen. Sie liegen sich ins Ungemessene vermehren. Da ist es uns wirklich unbegreiflich, wie man das Vorhandensein einer Krise leugnen kann. Scheinheilig nimmt natürlich die Schafmacher reisse die Ausführungen des „Genossen“ Calwer als bare Münze auf, um sie gelegentlich gegen die Arbeiterschaft verwenden zu können.

„Gelbe Sirise“. Diese geschmackvolle Ueberschrift trägt ein gutgeschwollener Artikel, der beinahe drei Spalten der Nr. 10 des sozialdemokratischen gewerkschaftlichen „Lämpfer“ füllt. Etwas weniger ungeschickt sollten sich die Verbändler doch anstellen. Wer wird denn seinen Kerger über die erfolgte Gründung eines Ortsvereins der Lämpfer auf dem Boden der Deutschen Gewerksvereine so offen zur Schau tragen! Denn nichts anderes als Wut und Kerger ist es, das dem Artikelschreiber die Feder in die Finger gedrückt hat. Wenn von „gelben“ Sirisen die Rede ist, so ist das auch ganz erklärlich. Denn der Reich, dessen Farbe bekanntlich gelb ist, hat offenbar dem Verfasser den klaren Blick getrübt. Ist doch die Zahl der Mitglieder des jungen Ortsvereins seit seiner Begründung ungeahnt schnell gewachsen, was auch der Leitung des Zentralverbandes nicht entgangen sein kann, da sie nach berühmtem Muster eines jener Subjekte, die man Spizkel zu nennen pflegt, in eine Sitzung unseres Ortsvereins gesandt hat. Darauf weisen verschiedene Andeutungen in dem Artikel hin. Jener dunkle Ehrenmann scheint aber nur eine schlechte Auffassungsgabe zu besitzen, oder aber — und das ist das Wahrscheinlichere — er hat absichtlich seine Auftraggeber falsch unterrichtet. Es heißt da nämlich, daß ein Mitglied, „ohne den Widerspruch des Hirsch-Dunderfischen Sekretärs Lewin zu finden“ — gemeint ist der Verbandsredakteur — erklärt habe, „daß man vor allem das Bestreben haben müße, dort, wo Differenzen des Verbandes mit dem Unternehmertum ausbrechen, sofort hineinzurücken und die Stellen zu besetzen“. Ach nein! So hat sich der Kollege nicht geäußert. Es wurde auf den seitens der Verbändler geübten Terrorismus hingewiesen, die überall unsere Kollegen von den Bauten gedrängt haben. Dafür liegen leider Beweise genug vor. Angesichts dessen meinte der betreffende Kollege, dürfte man auch davor nicht zurückschrecken, auf Bauten zu arbeiten, die vom Zentralverbande gesperrt sind, sobald dafelbst der Tarif innegehalten wird und ein besonderer Hindernisgrund für uns nicht vorliegt. Würden unsere Kollegen anders vorgehen, so müßten sie schon dumm sein. Wer uns nicht anerkennt, dessen Beschlüsse sind auch für uns nicht maßgebend. Das mögen sich die Verbändler ein- für allemal gesagt sein lassen.

Auch eine lange Liste wird dann noch aufgeführt, was die einzelnen Mitglieder des neuen Ortsvereins

gestündigt haben sollen. In der Mehrzahl der Fälle besteht das Verbrechen in Sperrbruch bei einer Firma Lwardy. Diese Sperrre wird in den Kreisen der Berliner Lämpfer recht verschiedentlich beurteilt, und dem Lämpferverband keineswegs einwandfreie Handlungsweise zum Vorwurfe gemacht.

Auf Einzelheiten können wir uns hier weiter nicht einlassen. Das müssen wir dem „Deutschen Lämpfer“ überlassen, der sicherlich eine deutliche Antwort nicht schuldig bleiben wird. Nur auf eine dreiste Lüge sei noch aufmerksam gemacht. In dem armeneligen Geistesprodukt des „Lämpfer“ heißt es auch:

„Und welche traurige Rolle hat dieser gelbe Berliner Verein nicht schon in Berlin gespielt und spielt er noch heute! Er besetzt eben vom Verbannde gesperrte Firmen. Diese Gelben arbeiten u. a. bei der Firma Neubert, die von uns gesperrt ist.“

Einsach gelogen! Auch seitens unseres Ortsvereins ist die Sperrre über diese Firma verhängt und beschlossen worden, diejenigen auszuschließen, die dort weiterarbeiten. Man kann aber daraus ersehen, welchen Wert man dem übrigen Beschreibsel beimessen kann. Aber der Kerger, wie gesagt, raubt jenen Leuten das höchste Vernehmen völlig. Sie sollten es einmal mit einem niederliegenden Mittel versuchen. Denn mit der Tatsache des Besetzens eines Ortsvereins der Lämpfer in Berlin müssen sie sich schon abfinden. Die bereits unternommenen Versuche, einige der Kollegen wieder in den Schoß des allinseligmachenden Zentralverbandes zurückzuführen, sind nämlich gescheitert. Auch für die Zukunft wird es vergebliche Liebesmühe sein. Unter den Lämpfern hängt es eben auch an zu dämmern.

Arbeiter als Armen- und Waisenspieler heranzuziehen, ist die Armenverwaltung in Breslau seit längerer Zeit bemüht gewesen. Es sollen nach Auffassung dieser Behörde aus möglichst allen Kreisen der Bevölkerung geeignete Personen sich in der praktischen Armenpflege betätigen lernen, und eine unterm 15. Februar d. J. erlassene Bekanntmachung der Armenverwaltung spricht auch für die guten Erfahrungen, die letztere in dieser Beziehung gemacht hat. Es heißt in dieser Bekanntmachung unter anderem:

„Seit einigen Jahren haben wir unser Augenmerk insbesondere auf die Gewinnung von Personen aus dem Stande der Arbeitnehmer (nicht selbständige Handwerker, Vorarbeiter usw.) gerichtet. Von den zurzeit in der städtischen Armen- und Waisenvverwaltung tätigen Armenpflegern bzw. Armen- und Waisenspielern gebören etwa 40 Personen dem Arbeitnehmerstande an; im Vergleich zu anderen Berufsklassen bedeutet diese Zahl einen geringen Prozentsatz. Die günstigen Erfahrungen, welche mit den gegenwärtig in der Armenpflege tätigen Arbeitnehmern gemacht worden sind, lassen es uns angezeigt erscheinen, weiterhin auf die Gewinnung geeigneter Personen aus Arbeitnehmerkreisen Beacht zu nehmen. Wir wünschen daher, daß noch mehr Arbeitnehmer sich für das Amt eines Armenpflegers oder Armen- und Waisenspielers zur Verfügung stellen möchten, und ersuchen um Meldungen.“

Das Vorgehen der Breslauer Armenverwaltung verdient alle Anerkennung und findet hoffentlich bei der Arbeiterschaft genügend soziales Verständnis. Niemand kann besser für das Amt eines Armen- oder Waisenspielers geeignet sein als der Mann aus dem arbeitenden Volke, der selbst oft der Not ins Auge geschaut hat und am besten zu beurteilen vermag, wo den Armen der Schuß drückt. Hoffentlich stellen sich der Armenverwaltung recht viel freiwillige Kräfte auch aus den Kreisen der Gewerksvereiner zur Verfügung.

Streikunterstützung ist steuerpflichtig. So hat das Mecklenburgisch-Schwerinische Ministerium des Innern nach der „Kost. Ztg.“ entschieden. Der Anlaß dazu war folgender: Mehrere Rostocker Arbeiter, die längere Zeit im Streik standen und außer der von ihrer Organisation gewährten Streikunterstützung keine Einnahmen hatten, weigerten sich Steuern zu zahlen, da die aus erwählter Unterstüttung stehenden Einnahmen nicht steuerpflichtig seien. Da die Steuerbehörde den Einwand nicht gelten lassen wollte, wandten sich die betreffenden Arbeiter an das Ministerium des Innern. In der Eingabe an das Ministerium wurde ausgeführt, daß die Streikunterstützung aus Beiträgen der Verbandsmitglieder bezahlt wird, also aus Einnahmen, die von den einzelnen Mitgliedern schon besteuert worden sind. Trotzdem hat die höchste Behörde in Mecklenburg-Schwerin entschieden, daß die Besteuerung der Streikunterstützung mit Recht erfolgt ist.

Man darf darauf gespannt sein, wie sich die Steuerbehörde stellen wird, wenn bei größeren Streiks und Aussperrungen die Unternehmer Unterstützung von ihren Verbänden erhalten. Da handelt es sich um viel höhere Beträge, die nach der angeführten Entscheidung dann zweifellos auch steuerpflichtig sind. Man ersieht aber aus diesem Fall, daß zwar Preußen auf dem Gebiete der Besteuerung des kleinen Mannes in Deutschland voran ist, Mecklenburg-Schwerin aber alles aufbietet, ihn den Rang abzulaufen. Fürwahr, ein edler Wettstreit!

Die Abschaffung der Nachtarbeit in Bäckereien wird demnächst das niederländische Parlament beschäftigen. Drei diesbezügliche Gesetzentwürfe liegen schon vor, und die politischen Parteien haben bereits ihre grundsätzliche Zustimmung ausgesprochen. Es ist dies wohl darauf zurückzuführen, daß schon seit mehreren Jahren in den Niederlanden ein besonderes Komitee besteht, das lediglich die Agitation gegen die Nachtarbeit in den Bäckereien zu betreiben hat. Jetzt endlich scheint die mühevolle und bisher nutzlose Arbeit von Erfolg gekrönt zu werden. Auch aus Italien konnten wir vor kurzem ähnliche Mitteilungen machen. Wann wird diese Frage in Deutschland, das ja bekanntlich an der Spitze der Sozialreform marschieren soll, spruchreif werden?

Ueber das italienische Genossenschaftswesen finden sich recht interessante Zahlen in dem Berichte, den Dr. Magoldi auf dem internationalen Genossenschaftskongreß in Cremona über die italienische Genossenschaftsbewegung erstattet. Danach bestanden am Schlusse des Jahres 1906 ausschließlich der Kreditgenossenschaften in Italien insgesamt 4173 rechtskräftig konstituierte Genossenschaften gegen 2131 Ende 1902 und 1274 Ende 1898. Es hat sich demnach die Zahl der Genossenschaften in dem Zeitraum von 1902—1906 um 2034 vermehrt. Diese Zunahme ist bedeutend, wenn man berücksichtigt, daß in der Zwischenzeit zahlreiche Genossenschaften wieder zu existieren aufgehört haben und daß die nicht rechtskräftig konstituierten Genossenschaften außer Betracht geblieben sind. Von den 4173 Ende 1906 existierenden Genossenschaften waren 1448 Konsumvereine, 818 Baugenossenschaften, 622 landwirtschaftliche und Winger-genossenschaften, 243 Verpflegungsgenossenschaften und 127 Versicherungs-genossenschaften. Das Anteilskapital von 2409 von diesen 4173 Genossenschaften stieg von 1902 bis 1906 um 8 242 581 Mt. auf 44 081 549 Mt. Allein bei den Konsumvereinen betrug die Anteilskapitalvermehrung 3 406 786 Mt. Ueber die Zahl der Kreditgenossenschaften enthält der Bericht Magoldis keine Angaben. Mitgeteilt wird nur, daß das eingezahlte Kapital nebst den Reserven Ende 1906 die respektable Summe von 106 148 906 Mt. betrug.

Verein für Volksunterhaltungen. Die 368. Veranstaltung findet am Sonntag, den 15. März, abends 7 Uhr, im Beethovensaal statt. Es werden mitwirken: Herr Wiemer (Rezitation), Herr Schmidt-Kaiser (Vieder zur Laute), Frau Amalie Radwauer-Birnbaum (Violine), Fräulein Cecillie Simson (Gesang).

Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1907.

Ortsverband Hannover i. Schl.
Der Ortsverband erlebte seine Geschäfte in dem verfloßenen Jahre in 7 Vertreter- und 2 kombinierten Sitzungen. In der ersten kombinierten Sitzung, wozu mehrere Stadtverordnete eingeladen waren, wurde über die Einführung des Verhältniswahlsystems zum Gewerbegericht beraten und der Ausschuß beauftragt, an den hiesigen Magistrat den Antrag zu stellen, die Verhältniswahl einzuführen. Leider hatte die Eingabe keinen Erfolg. In der zweiten kombinierten Sitzung wurden die Wählerlisten einer Prüfung unterzogen, wobei sich ergab, daß mehrere Mitglieder nicht eingetragen waren.

Drei Vorträge wurden im Laufe des Jahres gehalten: Vom Stadtrat Bretsch über die 4 Dichter der Neuzeit, vom Redakteur Illmer über das neue Einkommensteuergesetz und vom Kollegen Renner über die Beschlüsse des 16. ordentlichen Verbandstages.
Am 17. März tagte die vom hiesigen Ortsverband einberufene Bezirkskonferenz für den Bezirk Eignitz. Dieselbe war von 52 Delegierten und Delegierten besucht. Das Referat über die Aufgaben des Verbandstages hatte der Verbandssekretär Kollege Reußert-Berlin übernommen. Die Mitgliederzahl betrug am Schlus des Jahres 300. An Vergnügungen hatte der Ortsverband ein Gartenfest in Neb-Rückhof und ein Weihnachtsvergnügen, welche beide gut besucht waren.
Max Kolbe, Ortsverbandschriftführer.

Ortsverband Köln.
Der Ortsverband erlebte seine Geschäfte in mehreren Vorstandssitzungen, 11 Vertreteritzungen, 6 Ortsverbandsversammlungen und einer öffentlichen Volksversammlung. In vier Versammlungen wurden Vorträge gehalten und zwar zwei vom Kollegen Köhner über die Reichstagswahl und über das Einkommensteuergesetz, zwei vom Kollegen Ziegler über den bevorstehenden Verbandstag und die Beschlüsse des Verbandstages. In der öffentlichen Versammlung referierte Kollege Kröger-Berlin vom Verein der Deutschen Kaufleute über den Achtuhrabendklub. In allen Versammlungen ließ der Besuch zu wünschen übrig. Angeschlossen war der Ortsverband wiederum der Gesellschaft für soziale Reform. Als Vertreter fungierte Kollege Grothe. Bei der städtischen Arbeitsnachweisanstalt sowie dem Ausschuß für volkswirtschaftliche Vorträge vertrat Kollege Antweiler den Ortsverband. Zu den beiden vom Statistischen Amte der Stadt Köln veranstalteten Arbeitslohnverhandlungen stellte der Ortsverband ebenfalls jedesmal etwa 200 Zähler. Besuch wurden fast alle Ortsvereine mehrere Mal und zur Arbeit angefuert. Einstimmig wurde beschlossen die Bei-

träge zum Ortsverband zu verdoppeln, sowie einen Dis-
kussionsklub zu gründen. Hier ist eine regere Beteiligung
bringend am Platz, umso mehr, da wir verschiedene Herren
gefunden, welche uns hierin unterstützen.

Neu gegründet wurde ein Ortsverein für die Leder-
arbeiter, so daß am Schluß des Jahres der Ortsverband
16 Ortsvereine zählte. Für Unterhaltung und Bildung
war reichlich gesorgt. So waren unsere Volksbildungs-
abende, deren wir 4 hatten, durchschnittlich von je 1600
Personen besucht. Unter großer Beteiligung wurde mit
Etrabadampfer eine Rheinfahrt ausgeführt, welche auf das
Beste verlief.

Kollegen! Frage sich nun ein jeder, ob er im ver-
gangenen Jahre seine Pflicht voll und ganz getan hat, ob
er vor allen Dingen zur Verbreitung unserer Ideen nach
besten Kräften beigetragen hat und ein fleißiger Versam-
lungsbesucher gewesen ist. Beschämt wird sich dann mancher
sagen, daß er seine Schuldigkeit nicht immer getan hat.
Wohl haben dem Ausschuss eine Anzahl Kollegen stets treu
zur Seite gestanden, wenn es galt unsere Rechte zu ver-
teidigen. Wenn aber alle Kollegen sich auf ihre Pflicht
als Gewervereiner besinnen und so fräftiger Arbeit sich
auflassen, dann werden auch wir hier in Köln unsere
Rechten härten und am Schluß dieses Jahres auf einen
anderen Erfolg zurückblicken können als im Vergangenen.
Deshalb Kollegen: Auf ans Werk! S. Grotzhe.

Ortsverband Remel.

Seider ist es uns nicht möglich, für das erste Jahr
unseres Ortsverbandes einen glänzenden Bericht erstatten zu
können. Erstens ist unser Ortsverband noch zu jung,
um große äußere Erfolge verzeichnen zu können, und zweitens
hielten wir es für zweckmäßiger, die Befestigung und
Weiterverbreitung des Gewervereinsgedankens unter den
Arbeitern energisch zu fördern. Trotzdem sind auch Ver-
suche zur Gründung neuer Ortsvereine gemacht worden.
Es zeigte sich hierbei, daß wohl nirgends bei Arbeitern
und Arbeiterinnen das Verständnis für die Organisationen
so schwer zu wecken ist wie hier. So wurde im ver-
gangenen Sommer in der Zellulosefabrik und auf ver-
schiedenem Holzplätzen Agitationsmaterial vom Gewer-
verein der Fabrik- und Handarbeiter verteilt. Auch münd-
liche Agitation wurde von verschiedenen Kollegen ausgeführt,
aber bis heute ist der Erfolg noch ein geringer. In
neuester Zeit sind wir mit den Generalräten des Gewer-
vereins der Frauen und Mädchen und der Berliner Handels-
hilfsarbeiter-Vereinigung in Verbindung getreten und hoffen
bald etwas erreichen zu können. Die Besuche des Orts-
verbandes wurden in 4 Sitzungen erledigt. Am 17. März
und 29. Oktober fanden öffentliche Gewervereinsversammlun-
gen statt. Während die beiden ersten sehr gut besucht
waren, ließ der Besuch der letzteren zu wünschen übrig.
Außerdem feierten die beiden Ortsvereine als Verbands-
feier im Februar ein Winter- und im August ein Sommer-
fest. Im September beteiligte sich der Ortsverband an
der Enthüllung des Nationaldenkmals. Hoffentlich können
wir für das zweite Jahr einen besseren Bericht erstatten.
Franz Müller, Ortsverbandssekretär.

Berichtigung.

In dem Bericht des Ortsverbandes für K n w a l d e
in Nr. 17 des „Gewervereins“ ist unter anderem Mitteilung
von dem Zusammengehen der mit uns verbündeten Vereine
bei der Stadtverordnetenwahl gemacht. Es ist nun da
bedauerlicherweise eine falsche Darstellung unterlaufen, wenn
es heißt: „Sechsbund haben die mit uns verbündeten Vereine
versagt.“ Ich fühle mich verpflichtet, dieses zurückzunehmen,
da ich von Seiten der Gewährsmänner falsch unterrichtet bin,
und erkläre vielmehr ausdrücklich, daß das Zusammengehen
mit den Vereinen ein einmütiges und solidarisches war und
der Mißerfolg bei der Wahl lediglich der allgemeinen
Zersplitterung zuzuschreiben ist.
Albert Rife, Schriftführer.

Gewervereins-Teil.

Sobban. Der Ortsverein der Fabrik- und Hand-
arbeiter hielt am 29. Februar seine Monatsversammlung ab.
Die Frage: „Was bedeuten die Gewervereine?“ er-
örterte eingehend der Agitationsleiter, Kollege K. Pütz sen-
Bitterfeld, der mit seinen Ausführungen lebhaften Beifall

fanb. Es folgte dann die Erlebigung einiger interner
Ortsvereinsangelegenheiten und die Beratung verschiedener
Anträge, was die Mitglieder zu einer lebhaften Debatte
veranlaßte. Zum Schluß machte der Vorsitzende die An-
wesenheit so treuem Zusammenhalten und forderte sie auf,
zu jeder Zeit darauf bedacht zu sein, dem Ortsverein neue
Mitglieder zuzuführen. Karl G o b u s c h, Sekretär.

Deffau. Der Ortsverein der Maschinenbau- und
Metallarbeiter Köthen hielt am 29. Februar eine gut be-
suchte Versammlung ab, welche sich zuerst mit dem Antrag
des Vorstandes auf Anschluß an den Ortsverband Deffau
befaßte. Der Vorsitzende des Ortsverbandes Deffau, Kollege
W e b e l l, referierte eingehend über den Zweck und Nutzen der
Ortsverbände, worauf die Abstimung einstimmige An-
nahme des Antrages auf Anschluß ergab. Sodann wurde
die am 15. März in Deffau stattfindende Konferenz der
Ortsverbände eingehend besprochen. Der Kollege M a n g e l s -
d o r f - D e f f a u gab einen ausführlichen Bericht über die christ-
lich-nationale Arbeiterbewegung in Anhalt, welcher durch die
Diskussionsredner zum Teil aus den konfessionellen Ar-
beitervereinen noch ergänzt wurde. Der Bezirksleiter,
Kollege F e r b e r g e r - G a l l e, referierte darauf über: „Die Krisis
und Arbeiterorganisationen“. Redner verstand in seinen
durchaus den heutigen Verhältnissen angepaßten Referat die
Anwesenenden zu fesseln. In der Diskussion beschäftigte man
sich noch mit den Werkstattverhältnissen, so daß der Vor-
sitzende erst nach 12 Uhr die Versammlung schließen konnte.

Am letzten Sonntag fand hier eine gut besuchte Orts-
verbandsversammlung statt, in welcher Kollege M ü n z -
W a g e n b u r g über die Stellung der Deutschen Gewervereine
zu den konfessionellen Arbeitervereinen und christlichen Ge-
werkschaften referierte.

Nach dem mit Beifall a. g e n o m m e n e n V o r t r a g e
einer regen Debatte wurde folgende Resolution einstimmig
angenommen: „Im Interesse der Gewervereinsache sehen
sich die Kollegen von Anhalt veranlaßt, einen Beamten an-
zustellen, um die Agitation für unsere Sache energischer als
bisher betreiben zu können“. Weiter wurde der Wunsch
ausgesprochen, daß die auf nächsten Sonntag festgesetzte
Konferenz recht zahlreich aus Anhalt besucht wird, um
Aufklärung verbreiten zu können über die geplante Agitation.
W i l h e l m M a n g e l s d o r f, Ortsverbandssekretär.

Verbands-Zeit.

Versammlungen.

**Berlin. Diskussionsklub der Deutschen Gewer-
vereine (S.-D.).** Verbandshaus der Deutschen Gewer-
vereine, N.O., Greifswalderstr. 221/222. Sitzung jeden Mit-
twoch, abds. 8 1/2 - 10 1/2 Uhr. Vortrag. Gäste willkommen. —
Gewervereins-Kleberzettel (S.-D.). Jeden Donner-
stag, abds. 8 - 11 Uhr, Lehnungshaus des Verbandshauses
der Deutschen Gewervereine (Prinzer Saal). Gäste herzlich
willkommen. — **Diskussionsklub Moabit.** Freitag,
13. März, Sitzung bei Radau, Waldstraße 53. Vortrag
des Kollegen G e l e n z: „Standes- und Klassenbildung“.
Mitglieder aller Gewervereine als Gäste sehr willkommen.
— **Sonabend, 14. März. Maschinenbau- u. Metall-
arbeiter III.** Abds. 8 - 10 Uhr bei Radau, Waldstr. 53,
Zahlabend. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter VII.**
Abds. 8 1/2 Uhr bei Funke, Triftstr. 41, Auschlußsitzung.
Am Mittwoch, 18. März, abds. 8 Uhr bei Funke, Trift-
straße 41, Versammlung mit Damen. E.-D.: Protokoll.
Monatsbericht. Feler der 25-jährigen Mitgliedschaft des
Kollegen S t r u h l e r. — **Maschinenbau- und Metall-
arbeiter IX.** Abds. 8 1/2 Uhr, Stettinerstr. 50, Verf.
E.-D.: Auswahl des Sekretärs. Vortrag des Verbands-
kollegen M. S c h u m a d e r über: „Das preussische Wahlrecht“.
— **Maschinenbau- und Metallarbeiter VIII.** Abds.
8 1/2 Uhr, Verf. im Verbandshaus, Greifswalderstr. 221/222.
E.-D.: Monatsbericht. Bericht v. d. kombinierten Sitzung.
Anträge zum Delegatentag. — **Maschinenbau- und
Metallarbeiter XII.** Abds. 8 1/2 Uhr bei Dömal
Berliner, Brunnenstr. 143. E.-D.: Bericht von der Kombi-
nierten. Monatsabschluß. Delegatenträge.

Orts- und Regionalverbände.

Herne (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im
Monat, nachm. von 4 - 5 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn W i l h -
S c h u l t e - W a t t e r, Diskussionsklub. — **Nachen (Diskutier-
klub).** Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat, abds.
8 1/2 Uhr, Diskutierabend bei Weicher, Ecke Hansemannplatz
u. Jülicherstraße. — **Hamburg (Ortsverband).** Jeden Mit-

woch, abds. 8 1/2 Uhr prä., in Hütmanns Hotel, Poststraße,
Diskussionsklub. — **Spandau (Diskussionsklub der Deutschen
Gewervereine, S.-D.).** Jeden Dienstag, abds. 8 Uhr,
im Vereinslokal zur Palme, Ritterstraße, Sitzung. Gäste
willkommen. — **Selbststetigen (Sängerchor der Deutschen
Gewervereine).** Jeden Sonntag, abds. 9 Uhr, Prob-
im Werkzeitaler Pieper (früher Elerig), Schalter-
und Florstraßen-Ecke. Gäste herzlich willkommen.
(Diskussionsklub). Die Sitzungen finden jede Woche
Mittwoch, abds. 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn
W e h l e, Brüderstraße 16, statt. Gäste willkommen. — **Dresden
(Diskussionsklub).** Die Sitzungen finden regel-
mäßig jeden Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Sandlerbräu,
Webergasse 28, statt. Gäste willkommen. — **Liegnitz
(Diskussionsklub).** Die Sitzungen finden jede Woche Donner-
stags, abds. 8 1/2 Uhr, im „Prinz von Preußen“ statt.
Gäste willkommen. — **Brandenburg (Diskussionsklub).**
Sitzung jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, vormittags
von 10 - 12 Uhr bei Schmidt, Kurstraße 51. — **Hagen
und Umgegend (Diskussionsklub).** Jetzt jeden Donnerstag,
abds. Punkt 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Strohmayer, Str.-
und Bergstraßen-Ecke. — **Nachen (Ortsverband).** Jeden
dritten Sonntag im Monat, vormittags 11 Uhr, Vertreter-
sitzung in Nachen, Jülicherstr. 72, Restaurant „Zur Post“.
— **Köln (Diskussionsklub).** Sitzung jeden Donnerstags, abds.
9 Uhr, im Restaurant „Vater Kolping“, Elberstraße.
— **Oberhesseneide (Diskussionsklub).** Sitzung alle 14 Tage.
Mittwoch, 11. März, bei Steiner, Wilhelmstr. 14, Vor-
trag des Kollegen S c h w a l t e. — **Cottbus (Diskutier-
klub).** Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei
Rohel, Berlinerstr. 120. — **Utenburg (Ortsverband).**
Sonabend, 14. März, abds. 8 1/2 Uhr, Versammlung.
Referent: Herr Lehrer S c h u f f a r t h. Vortrag über: „R. Nau-
mann“. — **Galle (Ortsverband).** Sonntag, 15. März,
nachmittags 4 Uhr, Ortsverbandsversamml. im Saale der
Börsehalle. Vortrag des Herrn cand. jur. J ü l i m a n n
über: „Die Bodenreform“ und andere wichtige Angelegen-
heiten. — **Dortmund (Ortsverband).** Sonntag, 22. März,
nachmittags 4 Uhr, bei Wirt B a d e r l i n a, Dortmund,
Königsplatz 40, Ortsverbandsversammlung. Referent: Herr
Kgl. Gewerbe-Assessor S c h m i d t - D o r t m u n d.

Änderungen bezw. Ergänzungen zum Adressen- verzeichnis.

Cottbus (Ortsverband). Die Herberge befindet sich
bei H o f f m a n n, Gasthof zu den 3 Kronen, Berliner-
platz. Karten bei K. H a b e r m a n n, Köpstr. 29.

Literatur.

Der Privatbeamte und das öffentliche Leben. Von
Alfred D i m m. Heft 2 der Volkschriften des National-
vereins Münden. Preis 10 Pf.

Eine gute Darstellung der Gründe, die das „Steh-
fragenproletariat“ — um im Tone des Vorwärts zu
reden — von der Beteiligung am öffentlichen Leben abge-
halten und in Zukunft doch dazu führen sollten. Der
Privatbeamte entwickelt ein gutes Standesbewußtsein in
der neueren Zeit, und es ist besonders für uns von Inter-
esse, welche Entwicklung zu folgen, weil sie uns entgegen
kommt.

Leitfäden für soziale Unterrichtskurse. Verlag
des Landesverbandes evangelischer Arbeitervereine in
Sachsen. Preis 75 Pf.

Barner Kruppe hat sich mit dieser fleißigen Arbeit ein
großes Verdienst erworben, und auch wir sollten an dem
Nutzen teilnehmen, der aus der Schrift bei richtigem Ge-
brauch fließen kann. Wie oft haben nicht unsere Diskutier-
klubs auf dem trockenen. Es fehlt ihnen an Vortragenden
und an Stoff. Der „Leitfaden“ ist hier ein guter Weg-
weiser. In Form von Thesen faßt er allen allgemeinen
Wissensstoff für die Arbeiterbewegung zusammen, gibt syste-
matische Gedankengänge zu Vorträgen und verweist auf die
populären, einschlägigen Schriften hin. An Hand dieser
Leitfäden kann auch ein weniger geübter Kollege Vorträge
in Diskussionsklubs halten, wenn er nur fleißig liest und nach-
denkt. Mit den in der Schrift entwickelten Ansichten können
wir durchweg einverstanden sein. Ein besonderes Kapitel
wird „Christentum und soziale Frage“ gewidmet, natürlich
vom evangelischen Gesichtspunkte aus. Das ist weniger
für uns geeignet, weil wir religiös-neutral sind. Da es
aber nur ein Sechstel des Umfanges ausmacht, bleiben
immerhin fünf Sechstel, die für uns sehr nutzbringend sein
können.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorüberige Bezahlung aufgenommen.

Berliner Volks-Zeitung
bestes Blatt für jedes Mitglied eines Gewerkevereins.
Sie kämpft seit länger als 1/2 Jahrhundert für das
Koalitionsrecht der Arbeiter und für das allgemeine, ge-
heime und direkte Wahlrecht zum Landtag.
Die „Berliner Volks-Zeitung“
ist die billigste, täglich 2 mal erscheinende Zeitung,
die kostet in Berlin
nur 75 Pf. monatlich
täglich zweimal frei ins Haus.
Expedition der Berliner Volks-Zeitung
Berlin S.W. 19, Jerusalemstraße 46/49.

Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine.
Mittwoch, den 18. März 1908, abds. 8 1/2 Uhr,
im großen Saale unseres Verbandsaufes,
Greifswalder Straße 221/222,
Volkswirtschaftlicher Abend.
Vortrag des Herrn Amtsgerichtsrats Dr. A. G a r t m a n n über
Die Strafrechtsreform.
Die Verbandsgenossen und Genossinnen von Berlin und Umgegend
werden dringend ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Der geschäftsführende Ausschuss.

Fauer (Ortsverband). Durch-
reisende erhalten Unterstützung beim
Kollegen F. K o b e l t, Hospital-
platz 6.
Neserwünde und Umgegend
(Ortsverband). Durchreisende Kolleg-
erhalten 50 Pf. Karten sind zu
haben bei den Kollegen D i t t -
G a n s c h o w, Chausseestraße 29 a
und H. B ö h l e, Zergelow, Karls-
felderstraße 22.
Stettin (Ortsverband). Durch-
reisende Kollegen erhalten Bogler-
karten im Werte von 1,20 Mk. beim
Kollegen E m i l S c h m i d t, Stettin,
Bollwerk 22 im Laden. Die Ver-
bandsherberge befindet sich Elljabeth-
straße 49 (Zägers Gastwirtschaft).
Hensalz (Ortsverband). Durchrei-
sende erhalten 50 Pf. bei Aug.
K e i m e r s, Friedrichstraße 36.